

GLOBAL GOVERNANCE IM ZEICHEN DER FINANZKRISE

FACHKONFERENZ VON KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG UND STIFTUNG WISSENSCHAFT UND POLITIK,
BERLIN 19./20. MÄRZ 2009

Die verheerenden Folgen der Finanzkrise sind rund um den Globus spürbar. Finanzmärkte sind Querschnittsbereiche, die in vielerlei Hinsicht in andere Wirtschafts- und Politikbereiche hineinwirken. Die Ursachen und Auswirkungen der Krise sind entsprechend vielschichtig und werden erst mittel- bis langfristig gänzlich ans Tageslicht treten. Um zu diesem Prozess beizutragen und Handlungsansätze für die nationale und internationale Politik zu entwickeln, luden die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) und die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) im März 2009 zu einer international besetzten Fachkonferenz ein. Experten aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft beleuchteten neben den unmittelbar betroffenen Finanzmärkten auch die Auswirkungen der Krise auf den Welthandel, die Energie- und Rohstoffmärkte sowie die Klimapolitik und das globale Mächteverhältnis – stets verbunden mit der Formulierung von politischen Antworten auf die Herausforderungen. Eine abendliche Podiumsdiskussion stellte zudem die Frage nach der Übertragbarkeit der Prinzipien des Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells der Sozialen Marktwirtschaft auf den internationalen Kontext.

DIE ZÄHMUNG DES INTERNATIONALEN FINANZSYSTEMS: EIN COMEBACK FÜR BRETTON WOODS?

Im Mittelpunkt des ersten Panels standen die Ursachen und Konsequenzen der Finanzkrise und mögliche Wege aus der aktuellen schwierigen Situation. Als Gründe für die enorme Tiefe und Breite der Krise an den internationalen Finanzmärkten identifizierte das Panel die Verknüpfung verschiedener Faktoren, die eine globale Kettenreaktion ausgelöst haben. Hierzu gehörten laut der Experten mangelhafte und ungenügende Regulierungen auf den Finanzmärkten ebenso wie die Ungleichgewichte in der Weltwirtschaft – Fehlentwicklungen, die im Vorfeld nicht hinreichend ernst genommen wurden.



Niedrige Zinsen als Ergebnis einer expansiven Geldpolitik nach dem Platzen der New-Economy-Blase im Jahr 2000 sowie nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 sorgten in den USA für überschüssige Liquidität, die nach Anlageformen suchte. Hinzu kam die riskante Symbiose der USA mit China: China verfolgte mittels unterbewerteter Wechselkurse eine exportorientierte Wachstumsstrategie und wurde aufgrund seiner hohen Dollarüberschüsse zu einem verlässlichen Abnehmer US-amerikanischer Staatsanleihen. Dies ermöglichte wiederum den USA eine hohe und weiter steigende Verschuldung bei niedrigem Zins. Die USA konnten zudem ihr Inflationsniveau mittels billiger chinesischer Importe auf einem niedrigen Level halten.

Zu diesen globalen makroökonomischen Ungleichgewichten kamen Lücken und Fehlentwicklungen auf der regulativen Ebene: Der Risikogehalt von Finanzmarktinnovationen – wie mit Hypotheken besicherten Wertpapieren – wurde mangels Verständnis und Transparenz unterschätzt. In dem Bestreben, hohe Renditen zu erzielen, nahm die Verschuldung der Finanzinstitutionen immer stärker zu. Als die Krise am US-amerikanischen



Von links nach rechts: Moderatorin Stormy-Annika Mildner (SWP), Staatssekretär Jörg Asmussen (Bundesministerium der Finanzen), James Raymond Vreeland (Georgetown University) und Henrik Enderlein (Hertie School of Governance) analysierten die Ursachen und Auswirkungen der Finanzkrise und stellten verschiedene Lösungsansätze zur Diskussion.

Markt für Subprime-Hypothekenkredite ausbrach, wirkte die internationale Vernetzung der Finanzmärkte als „Brandbeschleuniger“. Die zunächst artikulierte Hoffnung, dass die aufstrebenden Schwellen- und Entwicklungsländer nicht von den Auswirkungen der Krise betroffen sein würden, bestätigte sich leider nicht.

Trotz aller Verwerfungen stellt die Krise dem Panel zufolge nicht grundsätzlich die marktwirtschaftliche Ordnung in Frage: Vielmehr handele es sich um eine Krise der Finanzmärkte innerhalb eines grundsätzlich funktionsfähigen Wirtschaftssystems. Selbstregulierung allein reiche in diesem Sektor nicht aus – das hätten die aktuellen Entwicklungen vor Augen geführt. Die ordnende Hand der Staatengemeinschaft spiele eine wichtige Rolle. Es gelte nun, Regeln aufzustellen und diese konsequent durchzusetzen. Blindes Vertrauen in Regierungen sei allerdings genauso irreführend wie blindes Vertrauen in Märkte. Die Herausforderung bestehe daher darin, national und international das richtige Gleichgewicht zwischen Markt und Staat herzustellen.

Neben der Frage nach einer adäquaten nationalen und internationalen Regulierung der Finanzmärkte stellte das Panel die Frage nach dem Umgang mit der makroökonomischen Komponente globaler Ungleichgewichte im Zuge der Krisenbewältigung und -prävention. Ein nachhaltiges Krisenmanagement erfordere auch im Bereich der internationalen Handels- und Währungspolitik eine Intensivierung der globalen Kooperation. Schließlich würden bestehende Ungleichgewichte erhebliche Risiken bergen, Krisen auszulösen oder diese zu verschärfen: Neben dem bereits beschriebenen Problem zwischen China und den USA wurde hier beispielhaft die hohe Fremdwährungsverschuldung vieler osteuropäischer Staaten genannt, die im Zuge der Wirtschaftskrise an die Grenzen ihrer Zahlungsfähigkeit geraten seien. Das gegenwärtige globale Regelwerk biete noch keine adäquaten Antworten auf diese Probleme.

Ob der Internationale Währungsfonds (IWF) diese Lücke füllen und eine tragende Rolle einnehmen könne, wurde von Teilnehmern des Panels als fraglich dargestellt. Mangels Transparenz, Unabhängigkeit und finanzieller Ressourcen stecke die Institution in einer Krise und sei daher als aktiver Gestalter der globalen Finanz- und Kapitalmärkte mit Zurückhaltung zu betrachten. Falls die internationale Staatengemeinschaft im Zuge der Krisenbewältigung und -prävention Aufgaben an den IWF übertragen sollte, seien Reformen sowohl seiner Struktur als auch seiner Kreditvergabetätigkeit unabdingbar. So müssten die Auflagen für Kredite transparenter gestaltet werden, seine Rechenschaftspflicht verbessert und damit einhergehend auch seine internationale Akzeptanz gestärkt werden. Des Weiteren sollte das Stimmengewicht der aufstrebenden Schwellenländer zusammen mit ihrer Verantwortung erhöht werden, wenn auch eine solche Maßnahme das Problem der politischen Einflussnahme auf die IWF-Politik nicht aus der Welt schaffen könne. Als zum IWF komplementäre oder alternative Ansätze zur Beobachtung der globalen Kapitalmärkte sowie zur Wahrung der Finanzmarktstabilität nannten die Experten sowohl die G20 als permanente Instanz, unter Einbeziehung des Financial Stability Forums, als auch einen Zusammenschluss der G12 (G7, die BRIC-Staaten und Ägypten).

WELTHANDEL UND HANDELSPOLITIK: LIBERALISIERUNGSPULS ODER RÜCKKEHR DES PROTEKTIONISMUS?

In dieser Sitzung analysierten die Experten die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf den Welthandel. Neben dem rezessionsbedingten Rückgang von Importen und Exporten seien die weltweiten Handelsströme auch durch die Knappheit von Finanzierungsinstrumenten wie zum Beispiel Exportkrediten und Exportkreditversicherungen negativ betroffen. Immerhin seien etwa 80 Prozent des globalen Handels auf derartige Finanzierungshilfen angewiesen. Die Welthandelsorganisation (WTO) schätzte die Finanzierungs-

Von links nach rechts: Fredrik Erixon (ECIPE), Marc Auboin (WTO), Moderatorin Christina Langhorst (KAS) und Stephen Woolcock (London School of Economics) beleuchteten die handelspolitischen Reaktionen auf die Krise und warnten vor protektionistischen Tendenzen.



lücke für den Handel im Dezember 2008 auf 25 Mrd. US-Dollar, inzwischen sei diese noch um ein Vielfaches gestiegen. Viele Industrieländer hätten im Rahmen ihrer Rettungs- und Konjunkturpakete und in Kooperation mit internationalen Institutionen das Volumen für Exportkredite erhöht. Weitere Maßnahmen würden erwartet.

Die Panel-Teilnehmer äußerten sich zudem besorgt über wachsende protektionistische Tendenzen, mittels derer Staaten versuchten, ihre eigene Wirtschaft auf Kosten anderer Staaten vor den Auswirkungen der Wirtschaftskrise zu schützen oder die Folgen zumindest abzumildern. Auch Maßnahmen zur Rettung von Finanzinstituten und die umfangreichen Subventionen zur Belebung der Wirtschaft wirkten verzerrend auf den internationalen Wettbewerb und liefen oftmals fairen Handelsbedingungen zuwider. Wie die Außenhandelstheorie lehre und die Praxis zeige, führe die Abkehr von multilateralen Vereinbarungen und die Hinwendung zu vermeintlichen „Schutzmaßnahmen“ einzelner Staaten letztlich zum ineffizienten Einsatz von Ressourcen, überhöhten Preisen für den Verbraucher und einem Wohlstandsverlust.

Zwar mache das Regelwerk der WTO – ebenso wie die zunehmend enge Verflechtung von internationalen Produktionsprozessen – Zollerhöhungen im großen Stil unwahrscheinlich, dennoch bestehe gerade bei den Schwellen- und Entwicklungsländern aufgrund der erheblichen Differenz zwischen den bei der WTO gebundenen, höheren Zollsätzen und den tatsächlich angewandten Raten ein erheblicher Spielraum zur Anhebung bestehender Zollniveaus. Größer allerdings sei die Gefahr eines schleichenden Protektionismus in Form von nichttarifären Handelshemmnissen und Subventionen, getrieben durch einen wachsenden wirtschaftlichen Nationalismus – ähnlich der Situation in den 1970er Jahren. In den Konjunkturpaketen einiger Industrieländer seien solche Maßnahmen bereits ersichtlich. Darüber hinaus sei die Errichtung politisch

gesteuerter nicht-tarifärer Handelshemmnisse wie Umwelt- und Gesundheitsstandards in einigen Fällen zu beobachten. Jedoch sei dies nicht allein der Finanzmarktkrise geschuldet, denn tendenziell seien derartige Schritte schon vor der Krise aufgetreten – die konjunkturelle Abschwächung des Welthandels wirke nun aber als Katalysator.

Diese Maßnahmen seien vor allem deshalb problematisch, da die WTO – anders als bei Zöllen – gegen diese Arten des Protektionismus häufig machtlos sei. Demzufolge wäre ein schneller Abschluss der Doha-Runde zwar ein wichtiges Signal für die Handlungsfähigkeit der WTO und des multilateralen Handelsregimes. Dieser würde jedoch kein Allheilmittel gegen den vorherrschenden subtilen Protektionismus darstellen. Auf lange Sicht sei die Stärkung der Entscheidungsfähigkeit der WTO und ihre Weiterentwicklung gemäß den aktuellen globalen handelspolitischen Herausforderungen das zentrale Ziel. So stehe die Welthandelsorganisation vor der Herausforderung, die große Anzahl handelsrelevanter Themen über den Zollabbau hinaus (wie zum Beispiel Bedingungen für Investitionen und umweltpolitische Standards) in eine Ordnung einzubetten, die Spielräume zur Errichtung nicht-tarifärer Handelshemmnisse mindert und gleichzeitig die WTO nicht überfrachtet. Als weitere künftige Herausforderung für die Welthandelsorganisation wurde der Ausbau bilateraler handelspolitischer Abkommen genannt, die ebenfalls im Zuge der Wirtschaftskrise Aufwind erhalten könnten. Wenngleich es bilaterale Handelsbeziehungen immer gegeben habe und es diese auch in Zukunft weiter geben werde, dürften sie nicht dem zentralen WTO-Prinzip der Gleichbehandlung der Handelspartner zuwider laufen und die multilaterale Ordnung nachhaltig schädigen.

Die Referenten appellierten an die internationale Staatengemeinschaft, im Rahmen der G20 spezielle handelspolitische Leitlinien zu entwickeln, die über bloße Lippenbekenntnisse hinausgingen und Protektionismus im Zuge der Krisenbewältigung wirksam verhinderten.



Carsten Rolle (BDI), Bettina Rudloff (SWP) und Andreas Löschel (ZEW) beleuchteten unter Moderation von Kirsten Westphal (SWP) die Auswirkungen der Finanzkrise auf die Energie-, Nahrungsmittel- und Rohstoffpreise (v.l.n.r.).

ENERGIE, NAHRUNG UND ROHSTOFFE: IST EIN STABILES ANGEBOT IN EINER WELT SCHWANKENDER PREISE REALISIERBAR?

Die Erkenntnis, dass die globale Energie- und Rohstoffversorgung keinesfalls als gesichert gelten kann, hat die strategische Bedeutung dieser Güter für die Weltwirtschaft – und damit auch das Konfliktpotenzial – in den vergangenen Jahren deutlich erhöht. Das Panel nahm die Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf die Rohstoff-, Energie- und Nahrungsmittelversorgung in den Blick.

Ausgangspunkt der Diskussion war die Feststellung, dass bereits vor der Finanzmarktkrise die Angebotsbasis in den Bereichen Energie, Rohstoffe und Nahrungsmittel sehr eng war: Niedrige Investitionsquoten und veraltete Kapitalstöcke prägten in allen drei Sektoren das Bild. Dies mündete, einhergehend mit der steigenden Nachfrage aus den Schwellenländern – allen voran China – in einem extremen Preisanstieg im Jahr 2008. Inzwischen seien die Preise wieder deutlich zurückgegangen, doch die dahinterstehende grundsätzliche Knappheitssituation an den Weltmärkten lässt, den Experten zufolge, einen weiteren Verfall der Preise unwahrscheinlich erscheinen. Mittel- bis langfristig sei keine Entspannung auf den Märkten weltweit zu erwarten.

Auf den Ölmärkten seien die Preise bis zum Jahr 2008 von langfristigen Bestimmungsfaktoren wie dem Wirtschaftswachstum, den verfügbaren Substituten, dem Angebotsverhalten auf den Märkten, den Kosten für Extraktionstechniken sowie der Klimapolitik geprägt worden. Kurzfristig spielten geopolitische Entwicklungen, Wechselkursschwankungen und Spekulationen ebenfalls mit hinein, deren Einfluss sich heute noch verstärkt habe. Im Ergebnis stehe ein Ölpreis, der von starken Volatilitäten geprägt sei.

Der Agrarsektor hingegen zeichne sich schon durch seine unmittelbare Relevanz für das Überleben von Menschen als ein Rohstoffsektor mit eigenen Beson-

derheiten aus. Auch in diesem Sektor sei die Versorgungslage bereits vor der Finanzkrise kritisch gewesen: Ab Anfang des Jahres 2008 manifestierte sich die Nahrungsmittelkrise in Preissteigerungen bis hin zu einer Verdreifachung der Kosten für Reis und Getreide innerhalb weniger Wochen. Kurz darauf seien die Preise zwar wieder stark gefallen und lägen im Frühjahr 2009 bei einem Preisniveau unter dem des Jahres 2008. Allerdings sei dieses nach wie vor deutlich höher als in den Jahren zuvor. Das Panel betonte, dass die Krise unmittelbare Auswirkungen auf die Situation der Hungernden weltweit gehabt habe, deren Zahl sich allein im Jahr 2008 um 40 Millionen erhöhte. Hiervon seien vor allem die Entwicklungsländer betroffen. Allein durch die begrenzten Kapazitäten bei der zur Bewirtschaftung verfügbaren Flächen sowie der notwendigen Bewässerung werde auch mittelfristig ein limitiertes Nahrungsmittelangebot einer durch Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum ansteigenden Nachfrage – bei gleichzeitig starken Preisschwankungen an den Weltmärkten – gegenüberstehen. Mit der Weiterentwicklung der Verwendung nachwachsender Rohstoffe als Biokraftstoff entstehe eine Konkurrenz zwischen Energie- und Nahrungsmittelversorgung, die ebenfalls zu neuen Knappheiten im Bereich der Nahrungsmittelproduktion beitrage, betonten die Experten. In der Wahrnehmung der breiten Öffentlichkeit sei jedoch die Nahrungsmittelkrise seit den massiven negativen Entwicklungen an den Finanzmärkten wieder in den Hintergrund getreten.

Über die Nahrungsmittelknappheit hinaus bekämen Entwicklungsländer insgesamt einen krisenbedingten Wachstumsrückgang zu spüren. Die Verringerung des internationalen Handels sei in vielen Entwicklungsländern bereits deutlich spürbar. Die These der Entkopplung habe sich somit nicht bewahrheitet. Nach wie vor müssten diese Länder hohe Ausgaben für Nahrungsmittelimporte tätigen, die Ausgaben seien um bis zu 60 Prozent gestiegen. Entwicklungsländer litten ferner unter dem krisenbedingten Rückgang der auslän-

Die Auswirkungen der Finanzkrise auf die internationale Klimaschutzpolitik diskutierten Moderatorin Susanne Dröge (SWP), Thomas L. Brewer (Georgetown University), Claudia Wörmann (BDI) und Miranda Schreurs (Freie Universität Berlin, v.i.n.r.)



dischen Direktinvestitionen, den geringeren Einkommen aus Arbeitsmigration (*remittances*) sowie den niedrigeren Entwicklungshilfegeldern. Auch die restriktiven Handelsmaßnahmen bis hin zu Exportverboten einiger Länder wirkten sich negativ aus, da sie auf dem heimischen Markt die Preise drückten und zeitgleich den Weltmarktpreis ansteigen ließen.

Auch im Bereich der nicht-energetischen Rohstoffe mache sich die Finanzkrise nach Ansicht der Panelteilnehmer bemerkbar. Bei seltenen, für die Industrieproduktion aber oftmals unerlässlichen Metallen seien zunehmend protektionistische Maßnahmen zu beobachten. Dies verstärke einen Trend, der bereits vor der Krise zu beobachten war: Viele Schwellenländer beschränkten ihre Exporte, um die eigene Rohstoffbasis langfristig zu sichern.

Das Panel setzte sich schließlich mit der Frage auseinander, wie trotz der derzeit deutlich volatilen Preisentwicklungen eine Stabilisierung des Angebotes weltweit erreicht werden könne – nicht zuletzt, um für eine voraussichtlich wieder stark anziehende Nachfrage in der Zeit nach der Finanzmarktkrise Vorsorge zu treffen. Globale Kooperation in den Sektoren Energie, Rohstoffe und Nahrung sei zur Erreichung dieses Ziels unabdingbar. Doch diese Forderung stehe in deutlichem Widerspruch zu den derzeit vorherrschenden, stark national geprägten Bewegungen – gerade in den Bereichen Energie und Rohstoffe.

EIN WILLKOMMENER VORWAND? WAS DIE FINANZKRISE FÜR DEN KLIMASCHUTZ BEDEUTET

Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise hat unmittelbare Implikationen für die industrielle Produktion und somit auch für die Treibhausgasemissionen. Milliarden-schwere Konjunkturpakete werden verabschiedet – viele von ihnen beinhalten Fördermaßnahmen für grüne Technologie und alternative Energien. Das Panel stellte

daher die Frage nach den Konsequenzen für den Klimaschutz und nach möglichen Zielkonflikten. Für den Klimaschutz biete die Finanzkrise insgesamt Chancen, die es nun zu nutzen gelte, aber auch gewisse Risiken, so das Fazit der Panel-Teilnehmer.

Nach aktuellen Analysen führe eine Veränderung um ein Prozent im Bruttoinlandsprodukt zu einer Änderung der Treibhausgasemissionen um 0,5 Prozent. Aus der gegenwärtigen wirtschaftlichen Rezession lasse sich für die kommenden Jahre ein mindernder Effekt von rund 0,8 Prozent auf die Treibhausgasemissionen prognostizieren. Vor allem die Schwäche der amerikanischen Automobil- und Bauwirtschaft begünstige indirekt den Klimaschutz. Der konjunkturbedingte Rückgang der Treibhausgasemissionen werde jedoch aller Voraussicht nach nur von kurzer Dauer sein und mit der Erholung der Weltwirtschaft wieder schwinden.

Von größerer Nachhaltigkeit bewerteten die Panelisten den Effekt, der von der Änderung der klimapolitischen Rahmenbedingungen in den USA ausgehe. Die Obama-Administration propagiere einen *Green New Deal*, der den Klimaschutz als Ausweg aus der Krise und Chance zur Veränderung begreife. Die Wirtschaft in den USA werde sich in den nächsten Jahren stark umorientieren und saubere Industrien sowie die Hightech- und Dienstleistungswirtschaft fördern. Unternehmen seien aufgrund der Krise gezwungen, durch Innovation und Investition ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, so dass neue Technologien zur Erhöhung der Energieeffizienz und zur Verbesserung erneuerbarer Energien entwickelt werden könnten. Gerade die USA sähen im Markt für grüne Technologie zudem viele Chancen und förderten ihre Unternehmen durch das im Februar 2009 verabschiedete Konjunkturpaket explizit, um diesen Markt für sich zu erschließen. Die Konjunkturlösungen enthielten zudem breit angelegte Maßnahmen zur Stärkung des Klimaschutzes und zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Besonderes Augenmerk gelte der energieeffizienten Sanierung von Gebäuden und der



Den Auswirkungen der Finanzkrise auf das internationale machtpolitische Gefüge gingen (v.l.n.r.) John C. Hulsman (Hulsman Enterprises), Patrick Keller (KAS), Moderator Hanns Günther Hilpert und Patrick Rothehüser (SWP) nach.

Infrastruktur sowie der Verdopplung des Anteils erneuerbarer Energien. Um den Wirkungsgrad dieser Maßnahmen zu erhöhen, setze man in den USA auf Kooperation und Dezentralisierung zwischen den verschiedenen Verwaltungsebenen. Neben bundesstaatlichen Programmen werde auch die lokale Ebene in die zielgerichtete Lösung zur Senkung des CO₂-Ausstoßes eingebunden. Die Obama-Administration habe zudem den CO₂-Handel als wirkungsvolle Einnahmequelle zur Sanierung des Haushaltsbudgets in Erwägung gezogen. Schließlich zeichne sich ein Mentalitätswandel in der amerikanischen Gesellschaft ab: Der Nutzen des Klimaschutzes werde stärker in den Vordergrund gestellt als die Kosten. Die Experten prognostizierten, dass dieser Bewusstseinswandel zur Änderung der politischen Rahmenbedingungen beitragen werde.

Das Panel stimmte überein, dass die Reduzierung von Treibhausgasen und die Entwicklung einer *low carbon economy* oberste Priorität im Klimaschutz habe. Die Ziele von Klimaschützern und Industrie seien dabei häufig miteinander vereinbar. Die Investitionen in diesem Bereich müssten aber den Investitionszyklen der Entscheidungsträger angepasst werden und einen ökonomischen Ansatz erhalten, damit nachhaltige und effiziente Lösungen durch das technologische Know-how der Wirtschaftsakteure weiterentwickelt werden könnten. National, regional und international stimmige Rahmenbedingungen seien für ein stärkeres Engagement der Wirtschaft zum Klimaschutz notwendig. Die Referenten betonten die Bedeutung der Klimakonferenz in Kopenhagen 2009: Es sei anzunehmen, dass sich die Verhandlungen zu einem Nachfolgeabkommen äußerst schwierig gestalten werden. In der Frage der Finanzierung und des Technologieausgleichs werde es darum gehen, eine Balance zwischen den Zielen Wirtschaftswachstum und Klimaschutz herzustellen sowie die Interessen von Industrienationen, Entwicklungs- und Schwellenländern miteinander zu vereinen.

DIE GEOPOLITISCHEN EFFEKTE DER FINANZKRISE: AUFTAKT FÜR EIN MULTIPOLARES SYSTEM?

Das Panel ging der Frage nach den Auswirkungen der Finanzkrise auf die Struktur des internationalen Systems nach. Weitreichende geopolitische Effekte seien nach Ansicht der Experten nicht zu erwarten. Die ungewisse Dauer und das noch nicht vollständig ersichtliche Ausmaß der Krise machten die Prognosen aber derzeit schwierig. Die Interdependenz, die das internationale System präge, habe einerseits dazu geführt, dass alle Länder von der Wirtschaftskrise betroffen seien. Die Krise habe so die gegenseitige Verwundbarkeit deutlich gemacht. Andererseits biete diese Interdependenz auch die Möglichkeit zur gegenseitigen Unterstützung und mache Kooperation bei der Bewältigung der Probleme unumgänglich.

Die Vormachtstellung der USA im internationalen System ist nach Ansicht der Experten kurz- und mittelfristig nicht bedroht. Aufstrebende Staaten wie die Schwellenländer China, Brasilien oder Russland seien noch stärker durch die Krise geschwächt als die USA und könnten somit nicht die Chance nutzen, eine Machtverschiebung zu ihren Gunsten zu bewirken. Nicht nur die aus der Finanzkrise erwachsenen Probleme, sondern auch transnationale Herausforderungen wie Terrorismus, Klimawandel und Migration ließen sich in einem System der Interdependenz nur gemeinsam – weder durch die USA alleine noch ohne sie – bewältigen. Das internationale System bleibe somit auf die Führung der USA angewiesen. Die Krise habe jedoch die vorhandenen Ungleichgewichte im globalen System deutlicher gemacht.

Insbesondere im Bereich militärischer Macht bleibe die Vormachtstellung der USA unangefochten. Zwar böten die dort sehr hohen Militärausgaben viel Spielraum für Kürzungen (zum Beispiel bei der Zahl der nuklearen Sprengköpfe oder beim geplanten Raketenabwehrsystem), jedoch blieben erfahrungsgemäß Ver-



Die Bedeutung der Krise für die Soziale Marktwirtschaft im nationalen wie im internationalen Kontext, stand im Mittelpunkt der abendlichen Podiumsdiskussion mit Taavi Veskimägi (Mitglied des estnischen Parlaments), Norbert Röttgen MdB (Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion), Moderatorin Karen Horn (Institut der deutschen Wirtschaft Köln), Bischof Wolfgang Huber (Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche Deutschlands) und Rolf J. Langhammer (Institut für Weltwirtschaft).



teidigungsbudgets aufgrund ihrer Bedeutung für die nationale Sicherheit selbst in Krisenzeiten von weitreichenden Kürzungen verschont. Selbst wenn es zu Kürzungen kommen sollte, sei aufgrund des außerordentlich großen Vorsprungs der USA im Bereich militärischer Macht (50 Prozent der globalen Verteidigungsausgaben entfallen auf sie) nicht zu erwarten, dass diese ihre Vormachtstellung einbüßen werden. Diese zu bewahren bleibe vielmehr erklärtes Ziel der USA.

Die Entwicklung der wirtschaftlichen Macht der USA sei dagegen derzeit schwer einzuschätzen. Der in der amerikanischen Geschichte immer wieder unter Beweis gestellte Unternehmmergeist bietet nach Ansicht der Panelteilnehmer jedoch gute Voraussetzungen für eine rasche Krisenbewältigung. Darüber hinaus sei amerikanische Macht in ihrer Ausprägung stets Zyklen unterworfen gewesen. Jedoch zeigten diese Zyklen auch, dass das amerikanische Wirtschaftswachstum der 1990er Jahre auf einem Konsum beruhte, der nicht aufrechtzuerhalten gewesen sei. Dieses Konsumverhalten habe zu einer hohen Privatverschuldung geführt, die zur Krise beigetragen habe – eine Herausforderung, die sich für Europa nicht in diesem Ausmaß stelle. Aufgrund seiner engen wirtschaftlichen Bindung an die USA, die einen wichtiger Abnehmer für deutsche und europäische Produkte darstellen, müsse Europa jedoch ein großes Interesse daran haben, zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Machtposition der USA beizutragen.

Auch wenn ein multipolares System vielen Europäern erstrebenswerter erscheine als ein unipolares, stellt nach Ansicht der Experten insbesondere der Aufstieg Chinas eine systemische Herausforderung dar. Welche Rolle China im internationalen System anstrebe bleibe unklar und werde von Beobachtern unterschiedlich bewertet. Stellt sich China seiner durch sein wirtschaftliches Wachstum gestiegenen internationalen Verantwortung? Oder strebt es nach einer Machtverschiebung im internationalen System zu seinen Gunsten? Auch der tatsächliche Machtzuwachs Chinas im militärischen Bereich sei

schwer einzuschätzen. Den jährlich im zweistelligen Bereich wachsenden Militärausgaben stünden teilweise veraltete Technologien gegenüber. Zudem machten externe Beobachter deutlich höhere Wachstumsraten des Verteidigungsbudgets als die von der chinesischen Regierung offiziell deklarierten Zahlen aus. Die gestiegene internationale Bedeutung der asiatischen Region habe zu einer Hinwendung der USA zu seinen pazifischen Nachbarn geführt. Dies könne Implikationen für die europäisch-amerikanischen Beziehungen haben. Die NATO bleibe jedoch Kerneinrichtung der transatlantischen Zusammenarbeit.

IN DER KRISE LIEGT DIE CHANCE – DIE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT ALS (INTER)NATIONALES ORDNUNGSMODELL?!

Für die Experten aus Politik, Wissenschaft und Kirche bestand weitgehend Einigkeit: Die Soziale Marktwirtschaft biete wichtige Ansatzpunkte für den Ausweg aus der Krise. Schließlich habe die Krise auch für den internationalen Kontext verdeutlicht, dass Markt und Moral keine getrennten Welten seien. Ziel müsse sein, auch die internationale Marktordnung mit einem Wertemodell zu verbinden. Wirtschaft bestehe hauptsächlich aus Vertrauen und Emotionen – dies habe die politische Praxis gezeigt.

Nichtsdestotrotz stellte das Podium ein „Systemproblem“ fest – als Ergebnis einer bewussten Abkehr von der staatlichen Überregulierung der letzten Jahrzehnte. Hinzu komme die Strategie, Wachstum durch Verschuldung zu generieren. Krisensymptome habe es schon vor dem Ausbruch der Finanzmarktkrise gegeben: So hätten sich das gesamtwirtschaftliche Wachstum und der unternehmerische Erfolg vom Wohlergehen und der Sicherheit des Einzelnen abgekoppelt. Diese Entwicklung müsse rückgängig gemacht werden. Wichtige marktwirtschaftliche Grundsätze hingegen müssten gestärkt werden; so die Einheit von Risiko und Haftung, die im Vorfeld der Krise eine systematische Verletzung erfahren habe. Entsprechend liege in der Krise auch die Chance, längst notwendige Reformen nun durchzuführen.



Diese Problematik werde durch weitere Herausforderungen ergänzt, denen sich die Soziale Marktwirtschaft gegenüber sehe: Im Zuge der weltwirtschaftlichen Öffnung seien beispielsweise Dienstleistungen, die seit Jahrhunderten kulturell verwurzelt waren, handelbar gemacht geworden, so dass sie problemlos ins Ausland verlagert werden können. Auch konkurrierende Modelle – wie dasjenige des Staatskapitalismus, der in einigen Fällen wirtschaftlichen Erfolg aufzuweisen habe – forderten unser Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell heraus. Hinzu kämen interne demografische Veränderungen und eine nachlassende Produktivität in der Bildung. Gleichzeitig betonten die Redner, dass die Soziale Marktwirtschaft als Ordnungsmodell nicht abgeschrieben sei, sondern gerade in der Krise „als gesellschaftlich beherrschbare und beherrschte Dynamik“ eine neue Relevanz erfahre. Wichtig sei zudem, dass die Europäische Zentralbank die Bewährungsprobe bestehe und gegen den Druck des Privatsektors die Geldwertstabilität verteidige. Staatliche Subventionen für einzelne in Not geratene Unternehmen seien der Sozialen Marktwirtschaft wesensfremd. Der Staat sei nicht als Reparaturbetrieb geeignet, vielmehr sei es seine Aufgabe, Krisen zu verhindern.

Die These, dass aus der Krise eine Chance erwachse, erfuhr nicht von allen Podiumsteilnehmern in gleicher Weise Zustimmung. Denn dies erfordere grundlegende Veränderungen in den Einstellungen der wirtschaftlichen und kulturellen Eliten. Diese hätten sich im Vorfeld der gegenwärtigen Krisensituation leichtfertig am herrschenden Zeitgeist orientiert. So sei in den vergangenen Jahren neben dem Prinzip der Eigenverantwortung wenig auf das zentrale Element der Solidarität gepocht worden. Auch die staatliche Rahmensetzungskompetenz habe man vor dem Hintergrund der weltweiten Dynamik der Märkte vernachlässigt. Als Maßstäbe für die Ausrichtung staatlicher Regulierungen wurden Vertrauen, Verantwortung, Teilhabe, Solidarität und Nachhaltigkeit genannt. Teilhabe müsse durch Befähigung und Beteiligung sichergestellt werden – zum Beispiel durch Bildung. Solidarität komme gegenwärtig in der Verantwortung des Staates zum Ausdruck, Arbeitsplätze zu sichern. Nachhaltigkeit schließlich sei Ausdruck einer Grunddimension sozialer Verantwortung, vor allem im Hinblick auf die staatliche Verschuldung. Abschließend warnten die Panelteilnehmer vor einer zu hohen Erwartungshaltung an die Politik. Innerhalb weniger Wochen habe sich die Unterschätzung der Politik in eine Überschätzung gewandelt. Es müsse jetzt darauf geachtet werden, dass das Pendel nicht in Politikverdrossenheit zurückschlage, sollte die Politik nicht schnell Erfolge erzielen.



**Konrad
Adenauer
Stiftung**

SWP

Stiftung Wissenschaft und Politik

Herausgeber

*Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Rathausallee 12
53757 Sankt Augustin*

Text und Redaktion

*Dr. Hanns Günther Hilpert (SWP)
Christina Langhorst (KAS)
Dr. Stormy-Annika Mildner (SWP)
Susanna Vogt (KAS)*

Fotos

Christian Echle

Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

© 2009

*Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.,
Sankt Augustin/Berlin*

ISBN 978-3-940955-83-8

www.kas.de